

Antrag

der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Wolfgang Schäuble, Christian Schmidt (Fürth), Peter Hintze, Ulrich Adam, Ilse Aigner, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Dr. Christoph Bergner, Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymmer (Lübeck), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Michael Glos, Hermann Gröhe, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Jürgen Herrmann, Robert Hochbaum, Joachim Hörster, Dr. Egon Jüttner, Volker Kauder, Eckart von Klaeden, Thomas Kossendey, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Dr. Norbert Lammert, Ursula Lietz, Eduard Lintner, Dr. Gerd Müller, Bernward Müller (Gera), Claudia Nolte, Ruprecht Polenz, Hans Raidel, Helmut Rauber, Christa Reichard (Dresden), Dr. Norbert Röttgen, Dr. Klaus Rose, Kurt J. Rossmanith, Volker Rühle, Anita Schäfer (Saalstadt), Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Bernd Siebert, Jens Spahn, Dr. Hans-Peter Uhl, Angelika Volquartz, Willy Wimmer (Neuss) und der Fraktion der CDU/CSU

Europa und Amerika müssen zusammenstehen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt dem Aufruf „Europa und Amerika müssen zusammenstehen“ zu. Er macht sich die Position der acht europäischen Staats- und Regierungschefs aus Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal, Ungarn, Polen, Tschechien und Dänemark inhaltlich vollständig zu Eigen:

„Die wahren Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind die Werte, die wir teilen: Demokratie, persönliche Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte überquerten den Atlantik mit jenen Menschen, die von Europa aufbrachen, um beim Aufbau der USA zu helfen. Heute sind sie bedroht wie nie zuvor.

Die Angriffe vom 11. September zeigen, wie sehr Terroristen – die Feinde unserer gemeinsamen Werte – bereit sind, diese Werte zu zerstören. Dieses Verbrechen war ein Angriff auf uns alle. Regierungen und Völker in den Vereinigten Staaten und Europa haben diese Prinzipien mit aller Entschlossenheit verteidigt und somit die Kraft ihrer Überzeugungen bewiesen. Die transatlantischen Bande sind Garant unserer Freiheit. Das gilt heute mehr als jemals zuvor.

Die Beziehung zwischen uns Europäern und den Vereinigten Staaten hat so manche Bewährungsprobe überstanden. Zum großen Teil dank des Muts, der Großzügigkeit und der Weitsicht der Amerikaner wurde Europa im 20. Jahrhundert gleich zwei Mal von Tyrannei befreit: von Nazi-Herrschaft und Kommunismus. Auch dank der dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten haben wir Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent bewahren können. Das transatlantische Verhältnis darf der anhaltenden Bedrohung der Weltsicherheit durch das irakische Regime nicht zum Opfer fallen.

Mehr denn je ist in der heutigen Welt geboten, Einheit und Zusammenhalt zu bewahren. Wir wissen, dass der Erfolg im täglichen Kampf gegen Terrorismus und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen die unbeirrte Entschlossenheit und den festen internationalen Zusammenhalt all jener Länder erfordert, denen Freiheit etwas wert ist.

Das irakische Regime und seine Massenvernichtungswaffen sind eine klare Bedrohung für die Weltsicherheit. Vor allem die Vereinten Nationen haben diese Gefahr erkannt. Wir alle sind der Resolution 1441 des Uno-Sicherheitsrats verpflichtet. Sie ist einstimmig angenommen worden. Wir Europäer haben seitdem immer wieder unseren Rückhalt für die Resolution 1441 bekräftigt sowie unseren Wunsch, eine Lösung über die Uno zu suchen. Auf dem Nato-Gipfel in Prag und auf dem Gipfel des Europäischen Rats in Kopenhagen haben wir unsere Unterstützung für den Sicherheitsrat unterstrichen.

Auf diese Weise haben wir klar, fest und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass wir die Welt von der Gefahr der Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins befreien wollen. Gemeinsam müssen wir darauf bestehen, dass sein Regime entwaffnet wird. Die Solidarität, der Zusammenhalt und die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft sind unsere größte Hoffnung, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen. Unsere Stärke liegt in unserer Einigkeit.

Die Kombination aus Massenvernichtungswaffen und Terrorismus stellt eine Bedrohung mit unkalkulierbaren Folgen dar. Sie geht jeden von uns an. Die Resolution 1441 ist Saddam Husseins letzte Chance für eine Entwaffnung mit friedlichen Mitteln. An ihm liegt es, eine größere Konfrontation zu vermeiden. Bedauerlicherweise haben die Uno-Inspektoren in dieser Woche bestätigt, dass sein wohl bekanntes Verhaltensmuster der Täuschung, der Leugnung und der Unwilligkeit, sich der Resolution des Uno-Sicherheitsrats zu beugen, ungebrochen ist.

Europa liegt nicht im Streit mit dem irakischen Volk, dem ersten Opfer des derzeitigen brutalen Regimes im Irak. Unser Ziel ist die Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt, indem wir sicherstellen, dass dieses Regime seine Massenvernichtungswaffen aufgibt. Unsere Regierungen haben die gemeinsame Verantwortung, sich dieser Bedrohung zu stellen. Tatenlosigkeit hieße, unseren eigenen Bürgern und der gesamten Welt den Rücken zuzukehren.

Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet den Sicherheitsrat, weltweit Frieden und Sicherheit zu bewahren. Um das zu leisten, muss der Sicherheitsrat seine Glaubwürdigkeit erhalten, indem er fest zu seinen Resolutionen steht. Wir können einem Diktator nicht erlauben, diese Resolutionen systematisch zu verletzen. Andernfalls verliert der Sicherheitsrat seine Glaubwürdigkeit. Dies schadet dem Weltfrieden.

Wir sind zuversichtlich, dass der Sicherheitsrat seiner Verantwortung gerecht wird.“

Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt, dass die griechische EU-Präsidentschaft im Namen aller 15 EU-Staaten und der 13 EU-Beitrittskandidaten in einer Erklärung vom 4. Februar 2003 den Irak dringend zur Abrüstung seiner Massenvernichtungswaffen aufgefordert hat. Der Deutsche Bundestag stimmt dieser Erklärung in allen ihren Teilen zu: Der Irak muss seine Massenvernichtungswaffen vollständig abrüsten. Wir wollen dies auf friedlichem Wege erreichen. Das ist nur möglich, wenn der Irak vollständig, bedingungslos und unverzüglich alle einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates erfüllt. Der Irak muss aktiv mit den Inspektoren zusammenarbeiten und ihnen jede Information zu allen noch offenen Fragen geben. Wenn der Irak diese Gelegenheit

zur friedlichen Entwaffnung nicht ergreift, trägt er die Verantwortung für alle Konsequenzen. Die Zeit läuft ab.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihr künftiges Verhalten in dieser Frage voll und ganz an allen Teilen dieser Erklärungen auszurichten und die Geschlossenheit der Europäer insbesondere in einer gemeinsamen Haltung mit den anderen EU-Partnern im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Ausdruck zu bringen.

Berlin, den 11. Februar 2003

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

